

Anlage 1 zum Beschluss Nr.: 0112/08

Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse der Stadt Trebbin vom 17.12.2008

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Trebbin hat aufgrund der §§ 3, 28 Abs. 2, Nr. 9, 30 Abs. 4, 43 Abs. 4 und 45 Abs. 5 des Artikels 1 (Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) in ihrer Sitzung am 17.12.2008 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die Satzung regelt
 1. die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld
 2. den Verdienstausfall und die Reisekostenentschädigung bei Dienstreisen für die Stadtverordneten, der sachkundigen Einwohner und der Ortsvorsteher und Mitglieder des Ortsbeirates der Stadt Trebbin und Ortsteile .
- (2) Die in der Satzung erwähnten Personenbezeichnungen gelten grundsätzlich für beide Geschlechter.

§ 2 Grundsätze

- (1) Den Stadtverordneten, den sachkundigen Einwohnern in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und den Ortsvorstehern wird zur Abdeckung des mit dem Mandat verbundenen Aufwands als Auslagenersatz eine Aufwandsentschädigung gewährt. Die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsvorsteher setzt sich aus einer pauschalen monatlichen Aufwandsentschädigung und einem Sitzungsgeld zusammen.
Den sachkundigen Einwohnern in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung wird als Aufwandsentschädigung ein Sitzungsgeld gewährt.
- (2) Mit der Aufwandsentschädigung sind der mit dem Amt verbundene Aufwand und die sonstigen persönlichen Aufwendungen abgegolten. Zu den persönlichen Aufwendungen zählen neben Kosten für Fachliteratur, Gebühren für Telefon, Fax und Internet auch sämtliche mit der Ausübung des Mandats verbundene Fahrtkosten.
- (3) Verdienstausfall und Reisekostenentschädigung zählen nicht zu den Auslagen, die durch die Gewährung von Aufwandsentschädigung abgegolten sind.

§ 3 Pauschale monatliche Aufwandsentschädigung

Die pauschale monatliche Aufwandsentschädigung wird festgesetzt:

1. für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung auf 68 Euro

2. für Ortsvorsteher von Ortsteilen mit einer Einwohnerzahl:

	bis 500 Einwohner	auf	175 Euro
von 501	bis 750 Einwohner	auf	245 Euro
von 751	bis 1.000 Einwohner	auf	315 Euro
von 1001	bis 1.500 Einwohner	auf	430 Euro
von 1501	bis 2.000 Einwohner	auf	545 Euro

3. Mitglieder der Ortsbeiräte

25 Euro

Als Stichtage für die Ermittlung der Einwohnerzahlen ist der 31.12. eines jeden Jahres für das folgende Kalenderjahr maßgeblich.

§ 4

Sitzungsgeld

- (1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse, in denen sie Mitglied sind, ein Sitzungsgeld in Höhe von 13 Euro.
- (2) Ortsvorstehern wird für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse ein Sitzungsgeld gewährt, soweit Angelegenheiten des Ortsteils berührt sind. Die Höhe des Sitzungsgeldes beträgt 13 Euro.
- (3) Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten das doppelte Sitzungsgeld, sofern sie die Sitzung leiten.

§ 5

Zusätzliche Aufwandsentschädigung

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung nach § 3 erhalten nachfolgend aufgeführte Mandatsträger eine zusätzliche pauschale monatliche Aufwandsentschädigung:
 1. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung 270 Euro
 2. Fraktionsvorsitzende 68 Euro
- (2) Einem Stellvertreter wird für die Dauer der Wahrnehmung besonderer Funktionen nach § 3 und 5 bis zu 50 vom Hundert der Aufwandsentschädigung des Vertretenen gewährt, wenn die Vertretungsdauer länger als zwei Wochen im Kalendermonat andauert. Die Aufwandsentschädigung des Vertretenen wird entsprechend gekürzt.
- (3) Der Anspruch auf Zahlung der Entschädigung für die Vertretung ist schriftlich unter Angabe des Vertretungsbeginns und der Vertretungsdauer bis spätestens eine Woche nach Ablauf des Vertretungsfalles beim Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung geltend zu machen.
- (4) Wird ein Mandat für mehr als drei Monate nicht ausgeübt, so ist spätestens ab dem vierten Kalendermonat die Zahlung der Aufwandsentschädigung einzustellen.

§ 6

Zahlungsbestimmungen

- (1) Der Anspruch der pauschalen Aufwandsentschädigung beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem das Mandat wahrgenommen wird. Er

entfällt nach Ablauf des Monats, in dem das Mandat endet. Nach einer Wiederwahl wird für den betreffenden Kalendermonat nur eine Aufwandsentschädigung gewährt.

- (2) Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse gezahlt. Die Zahlung des Sitzungsgeldes erfolgt rückwirkend auf Grundlage der in der Niederschrift über die jeweilige Sitzung dokumentierten Anwesenheiten.

§ 7 Verdienstausschlag

- (1) Ein Verdienstausschlag der Gemeindevertreter, der sachkundigen Einwohner und der Ortsvorsteher wird nicht mit der Aufwandsentschädigung oder dem Sitzungsgeld abgegolten. Der Verdienstausschlag wird auf Antrag und nur gegen Nachweis bis zu einem Stundensatz von 20 Euro erstattet; Selbstständige und freiberuflich Tätige müssen den Verdienstausschlag glaubhaft machen.
- (2) Der Verdienstausschlag wird auf zwei Stunden pro Sitzung, höchstens auf 10 Stunden pro Monat begrenzt.
- (3) Der Anspruch auf Verdienstausschlag ist nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeschlossen, wenn keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit wahrgenommen wird.
- (4) Zur Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr wird für die Dauer der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit eine Entschädigung gegen Nachweis von bis zu 13 Euro je Stunde gewährt, wenn die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten während dieser Zeit nicht möglich ist.

§ 8 Reisekostenentschädigung

- (1) Für Dienstreisen wird eine Reisekostenvergütung nur gewährt, wenn die Dienstreisen vom Bürgermeister angeordnet oder genehmigt wurden. Die Reisekostenvergütung richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Fahrten zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatz 1 Satz 1. Die Aufwendungen für diese Fahrten sind mit der pauschalen monatlichen Aufwandsentschädigung und dem Sitzungsgeld abgegolten.

9 § Steuerliche Behandlung

Für die steuerliche Behandlung der Entschädigung nach dieser Satzung ist der Empfänger verantwortlich.

§ 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.11.2008 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung der Stadt Trebbin vom 17.12.2003 außer Kraft.

Trebbin, den 17.12.2008

Thomas Berger
Bürgermeister